

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Jugendhilfeausschuss	05.02.2014	öffentlich
Haupt- und Beteiligungsausschuss	06.02.2014	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	06.02.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ausbildungsoffensive

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausbildungsplatzangebote sind gegenwärtig quantitativ unzureichend. Es wird das Ziel verfolgt, dass spätestens in 2017 auf jede/n Ausbildungsplatzbewerber/in in Bielefeld ein Ausbildungsplatzangebot kommt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Ausbildungsplatzkapazitäten im Rahmen des rechtlich Möglichen auszuweiten. Dies gilt für den Bereich der Kernverwaltung und der Eigenbetriebe. Die Beteiligungen der Stadt Bielefeld werden aufgefordert, zu prüfen, ob sie dem guten Beispiel der Stadt folgen können.
3. Die REGE und WEGE werden beauftragt, Aktivitäten zur Erhöhung der Anzahl neuer Ausbildungsplätze, neuer betrieblicher Praktikumsplätze und Unternehmerpatenschaften zu entwickeln und zu verfolgen. Dabei sollen die Ausgestaltung eines Handlungsplans und die Umsetzung der Aktivitäten unter umfassender Einbindung der relevanten arbeits- und wirtschaftspolitischen Akteure und insbesondere der Bielefelder Wirtschaft erfolgen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben sollen REGE und WEGE Ressourcen zuschussneutral umschichten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im vierten Quartal 2014 einen Bielefelder Ausbildungsgipfel durchzuführen. Das Konzept ist vorab im Hauptausschuss vorzustellen.

Begründung:

1. Das Erfolgsinstrument „Duale Ausbildung“ wird tendenziell von immer weniger Unternehmen in der Stadt Bielefeld genutzt. Es entwickelt sich vom Regelsystem zum Randmodell.
 - a. Von den 2.025 Schülerinnen und Schülern, die 2013 in Bielefeld die Haupt-, Förder-, Gesamt- oder Realschule (Regelschule) verlassen haben, haben am Stichtag 30.09.2013 nur 14,7 % direkt eine Duale Ausbildung begonnen. Auf 100 Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz kamen 66 Ausbildungsplatzangebote.
 - b. Dieses Missverhältnis ist besonders auffällig, da es im Abgangsjahr 2013 19 % mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs gab. Die Anzahl der gut qualifizierten Schulabgänger und Schulabgängerinnen war mit 70 % so gut wie nie zuvor (1.705 hatten eine Fachhochschul- und Hochschulreife, 1.550 einen Realschulabschluss). Mit anderen Worten: es gab so viele und so qualifizierte Bewerber wie noch nie.
 - c. Die Betriebe boten zum 30.09.2013 trotzdem weniger Ausbildungsplätze an (-7 % IHK, -5,6 % HWK).
 - d. Schulabgänger und Schulabgängerinnen aus den Gymnasien nach G8 entscheiden sich in den seltensten Fällen direkt für eine duale Ausbildung sondern häufig für Übergangslösungen (BFD, Soziales Jahr, Auslandsjahr).
2. Die Stadt Bielefeld hat sich sehr erfolgreich für die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger eingesetzt. So hat sie mit dem Modell „Jib und Job“ seit 2006 ein konsequentes Übergangsmangement von der Schule in den Beruf etabliert. Seit 2012 ist Bielefeld Pilotkommune für das neue Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Zwar können einzelne Aktionsmodule wie die Assistierte Ausbildung oder die Elternarbeit oder „Work & Education First“ ausgeweitet oder weiter entwickelt werden. Indes belegen die unter 1. aufgeführten Daten, dass der Handlungsbedarf primär auf die Rahmenbedingungen, Motivation und Realisierungschancen von betrieblicher Ausbildung auf Seiten der Unternehmen zu richten ist, verbunden mit dem Ziel, wieder mehr Ausbildungsplätze in Bielefeld zu schaffen.
3. Um die erforderliche Trendwende bei der Dualen Ausbildung einzuleiten, sollte die Stadt Bielefeld mit ihren Eigenbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen. Dabei sind die Grenzen des Haushaltsrechts zu beachten, aber eben auch auszunutzen. Die Stadt Bielefeld hat bisher jährlich rd. 60 Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich, im gewerblich-technischen Bereich und bei der Feuerwehr angeboten. Im Jahresdurchschnitt waren bei einer Ausbildungsdauer von 2 oder 3 Jahren jeweils rd. 130 Auszubildende bei der Stadt Bielefeld beschäftigt. Nach heutiger Einschätzung können die Ausbildungsplatzangebote aufgrund des zukünftigen Bedarfs bis 2017 stufenweise um rd. 20 weitere Ausbildungsplätze für den Verwaltungsbereich ausgeweitet werden. Im Jahresdurchschnitt sind dann 2017 rd. 180 Auszubildende bei der Stadt Bielefeld beschäftigt.

4. Die REGE verfügt über die Kompetenz in der Jugendberufshilfe und den Zugang zu Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Die WEGE verfügt über die Erfahrung in der Entwicklung von Netzwerken und die Kontakte zu den Betrieben und Unternehmen in Bielefeld. Gemeinsam sollen sie zur Erreichung des im Beschluss unter Ziff. 1) definierten Ziels einen Handlungsplan entwickeln und umsetzen. Es ist davon auszugehen, dass es angezeigt ist, die unternehmerischen Gründe für die zurückgehende Ausbildungsbereitschaft branchenspezifisch zu ermitteln und auf der Basis dieser Erkenntnisse branchenspezifische Ausbildungsinitiativen zu entwickeln. Hier kommen z.B. Ausbildungskonferenzen, Berufsmessen, spezifische Unterstützungsangebote für kleine Unternehmen oder die Förderung von Ausbildungskooperationen in Betracht.
5. Ein „Ausbildungsgipfel“ kann Gelegenheit bieten, die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in der Öffentlichkeit und vor allem bei Akteuren der Wirtschaft zu verankern. Die gewählte Terminierung mindert das Risiko, dass die Behandlung dieses wichtigen Zukunftsthemas durch sachfremde Aspekte überlagert wird.

Oberbürgermeister

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.